



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 9./10./17. November 2021

Es war eine Session, an der sehr oft nach bekanntem Links-Rechts-Schema abgestimmt wurde. Dabei resultierte meist ein Resultat im Verhältnis von ca. 60:40. Je nachdem, wie unsere CVP-EVP-Fraktion stimmte, «gewann» mal «Rechts», mal «Links», was zeigt: Unsere Fraktion ist vielfach das Zünglein an der Waage.

Die **sonderpädagogischen Massnahmen**, konkret deren Kosten, waren einmal mehr ein Thema. Aktuell zahlen die Gemeinden rund 20 (von insgesamt ca. 80) Mio. Franken mit. Diese Kosten sind für die Gemeinden vor allem deshalb ein Ärgernis, weil sie keine Möglichkeit zur Beeinflussung haben. Je nach Anzahl Schüler kann dies dazu führen, dass die betroffene Gemeinde die Steuern erhöhen muss. Ursprünglich war geplant, dass diese Beteiligung der Gemeinden per August 2022 ausläuft – allerdings unter der Bedingung, dass bis dann die sogenannte Kostenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden vollzogen ist, was aber bisher nicht der Fall ist. Als Folge wird nun die Beteiligung der Gemeinden, wenn auch nur noch in abgestufter Form, um weitere vier Jahre verlängert (Zustimmung mit 58:37). Da nützte es auch nichts, dass viele Gemeindevertreter sich dagegen wehrten. In meinem Votum wies ich darauf hin, dass wir uns viel mehr über die Ursachen dieser Kosten unterhalten sollten, statt nur darüber, wer was wann wie finanzieren soll.

Ähnlich umstritten war der Auftrag **«Aktionsplan zur Gleichstellung von Frau und Mann»**. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung ausführlich dargelegt, dass er im Bereich der Gleichstellung längst einiges umsetzt. Zur Überraschung vieler empfahl er aber schlussendlich den Auftrag (wenn auch leicht abgeändert) dennoch zur Annahme – wohl weniger aus innerer Überzeugung, sondern mehr aus «politischer Correctness». In der vorberatenden Finanzkommission sah man aber den Sinn des Auftrages, in Anbetracht, dass ja alles bereits gut aufgegleist ist, nicht und schlug ihn daher zur Ablehnung vor. Schlussendlich sah dies auch eine Mehrheit im Kantonsrat so und lehnte den Auftrag ab (39:59).

Ohne grosse Diskussionen wurde dafür das **Stipendengesetz** angepasst. Bezüglich allfälliger Rückzahlungen von bereits erhaltenen Beiträgen gab es bisher teils fehlende bzw. unklare gesetzliche Bestimmungen, welche nun präzisiert wurden.

Ein Auftrag verlangte, dass der Regierungsrat zukünftig in Krisenzeiten **keine abweichende Regeln mehr gegenüber den Bestimmungen des Bundesrats** beschliessen darf. Dieser Auftrag fusst auf frühere Entscheide der Solothurner Regierung, die dazu führten, dass z.B. im Kanton Solothurn Skifahren nicht möglich war, im benachbarten Baselland aber schon. Oder dass die Anzahl Besucher in den Kirchen auf noch 15 Personen beschränkt war, als schweizweit noch 30 Personen galt – was vielfach von der Bevölkerung nicht verstanden wurde. Von daher hatte der Auftrag eine gewisse Berechtigung. Es wäre wohl aber gefährlich gewesen, den Regierungsrat strikte an den Bundesrat binden zu wollen. Je nach Krisensituation – und da darf man nun nicht nur an Corona denken – könnte dies ein Eigentor sein. Der Auftrag wurde schlussendlich auch klar abgelehnt.

In Kürze

Im Rahmen einer Interpellation ging es um **«Politische Rechte für Menschen mit Beistandschaft»**. Die drei Aufträge **«Erarbeitung eines Armutsmonitorings»**, **«Förderung von Solothurner Holz»** und **«Mehr Bäume entlang der Kantonsstrassen»** wurden alle relativ knapp (mit meiner Unterstützung) angenommen.

Die nächste Session findet am 7./8./15. Dezember 2021 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Eingereicht habe ich in Zusammenarbeit mit dem EVP-Vorstand einen dringlichen Auftrag, der eine **Senkung der Testkosten** für ein Zertifikat für Jugendliche bis Alter 21 verlangt.

Insbesondere für diese Altersgruppe ist der soziale Austausch sehr wichtig. Jugendliche haben ein grosses Bedürfnis nach sozialen Kontakten.

Wenn die Teilnahme am öffentlichen Leben aufgrund der Testkosten finanziell nicht mehr tragbar ist, werden sich die Jugendlichen zunehmend im privaten Rahmen organisieren. Das kann gerade in den Wintermonaten negative Auswirkungen auf die Fallzahlen haben. Zudem ginge so eine gewisse soziale Kontrolle verloren. Ebenfalls werden weiter steigende Aufnahmezahlen in der Jugendpsychiatrie wahrscheinlich.

Der Auftrag wurde mit 82 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen deutlich für dringlich erklärt und wird somit bereits in der Dezember-Session behandelt.